Potsdams andere Seiten

Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

November 2009 Nr. 11 · 5. Jahrgang

Links diskutiert 3/4 *Positionen vor dem Kreisparteitag am 28. November*

Waldstadt / Schlaatz 6–9 *Garagen, Eigenheim, „Spatzenhaus“ und Asylbewerberheim*

Forum 11 *Achim Liebe: „20 Jahre danach…“*

Der Schilfhof braucht seine Kaufhalle

Zwei Monate nach der Eröffnung der neuen REWE-Kaufhalle am Horstweg (oben) gibt es immer noch keine gesicherte Lösung für den Bau einer neuen kleineren Halle am Schilfhof. Das bestätigte der Oberbürgermeister auf einem Stadtteilrundgang am Schlaatz Mitte September. Auch in der Sitzung des Hauptausschusses am 14. Oktober wurden keine Erfolg versprechenden Aussagen gemacht. Der Investor, der die alte Kaufhalle (unten) von REWE erworben hat und vertraglich verpflichtet ist, an dieser Stelle eine neue Kaufeinrichtung zu bauen, konnte bisher für sein Vorhaben, das auch den Bau von Wohnungen einschließt, keine Finanzierung bekommen. Deshalb läuft der auf Druck der Stadtverordneten abgeschlossene städtebauliche Vertrag gegenwärtig ins Leere.

Dieser Vertrag ist offensichtlich schlampig ausgearbeitet worden. Die vorgesehene Abstandssumme in Höhe von 150.000 ◘ ist viel zu niedrig und unter Umständen gar nicht durchsetzbar. Fakt ist, dass der Oberbürgermeister viel früher und mit Konsequenz auf die Einhaltung des Vertrages hätte drängen müssen. Stattdessen sind die Stadtverordneten immer wieder beruhigt worden.





Die Kaufhalle wird als Anker für das Wohngebietszentrum gebraucht, das ansonsten zu veröden droht. Vor allem die älteren Bewohner des Schlaatzes brauchen eine wohnortnahe Versorgung. Hier ist und bleibt die Stadt in Verantwortung. DIE LINKE drängt deshalb darauf, dass der Oberbürgermeister volle Unterstützung gibt, um den Hallenneubau so bald wie möglich zu realisieren.

Wichtig ist auch, dass möglichst noch in diesem Jahr eine Ersatzverkaufsstelle eingerichtet wird, um den Einkauf am Schilfhof zu ermöglichen. Dieser Notverkauf könnte z. B. im ehemaligen Frisörsalon erfolgen. Auch dafür wird die Unterstützung der Stadt benötigt, die wir energisch einfordern. Ein Wochenmarkt, wie von der Verwaltung zurzeit ausgeschrieben, wird vor allem in der vor uns liegenden kalten Jahreszeit nicht den Erfolg haben, den sie sich damit erhofft. Der Schlaatz darf nicht abgeschrieben werden. *–h.-j.s.*

Kreisparteitag

Der Kreisparteitag der LINKEN Potsdam findet am Sonnabend, 28. November 2009, im „Casino“ in der Zeppelinstraße ab 10.00 Uhr statt.
Der Parteitag wird zu folgenden Schwerpunkten beraten:
- Bündnisstrategien für Potsdam
- Entwicklung der innerparteilichen Arbeitsstruktur.

Im Vorfeld fand bereits am 29. Oktober eine Diskussionsrunde statt. Einen weiteren Workshop gibt es am 12. November ab 18.00 Uhr in der Alleestraße.

Politikwechsel mit und durch DIE LINKE

Die Potsdamer Basisorganisation „Neue Impulse“ umfasst mehr als 20 junge Menschen, die sich zum Ziel gesetzt haben, neue Impulse in die Partei zu tragen. In einem offenen Brief der BO vom 2. Oktober (!) wollten die jungen LINKEN die innerparteiliche Debatte um ein mögliches Bündnis aus SPD und LINKE bereichern und qualifizieren. In der Zwischenzeit hat die gesellschaftliche Realität im Land Brandenburg dem Rechnung getragen. Hier einige Auszüge.

„Wenn eine Partei zu einer politischen Wahl antritt, dann mit dem Ziel, die eigenen politischen Ziele und Inhalte umzusetzen. Natürlich setzt dies in einem Vielparteiensystem die Bereitschaft zu Koalitionen voraus. Innerhalb dieser Koalitionen gilt es dann, die politisch-inhaltlichen Schnittmengen der koalierenden Parteien umzusetzen und sich über divergierende Ziele zu verständigen.

In Brandenburg haben wir nach zehn Jahren „großer“ Koalition die Möglichkeit eines Politikwechsels in Brandenburg. Dieser Politikwechsel mit einer wahrhaft stabilen Mehrheit geht nur in einem Bündnis von SPD und unserer Partei. Dabei gilt jedoch: Die Beteiligung an der politischen Macht ist kein Selbstzweck und hat das Ziel, die Lebensbedingungen der Brandenburgerinnen und Brandenburger zu verbessern und unsere politischen Ziele zu realisieren. Daher fordern wir, dass die programmatischen Gemeinsamkeiten der Wahlprogramme von SPD und LINKE in einer Koalition konsequent umgesetzt werden. Dies betrifft die Punkte der besseren Ausfinanzierung von KITA´s, des Kampfes für gesetzliche Mindestlöhne,

(Fortsetzung auf SEITE 2)

Auf ein Wort…



Rot-Rot in Brandenburg – was bedeutet das für die Landeshauptstadt?

Von Sascha Krämer, Kreisvorstand DIE LINKE

Ein Regierungswechsel in einer Demokratie, ein völlig normaler Prozess. Nun haben wir Rot-Rot im Land Brandenburg. Ja und, könnte man fragen? Lasst sie erstmal arbeiten und dann urteilen wir nach der Leistung, könnte man antworten. Aber nein, selbsternannte Demokraten und Kleingeister von noch kleineren Parteien prophezeien nichts weniger als den Untergang des Abendlands und der westlichen Zivilisation. Wittern eine Unterwanderung der Demokratie durch die Stasi. Sie echauffieren sich über den Splitter im Auge des Nächsten und übersehen den Balken im eigenen Auge.
Brandenburg ist nicht das erste Land mit Rot-Rot, und es wird nicht das letzte sein. Es kann zu einer Normalisierung der politischen Kultur führen, die auch Auswirkungen auf die Stadt Potsdam hat. Rot-Rot bietet die Chance, auf eine große Koalition der sozialen Gerechtigkeit, die für die Menschen im Land spürbare Verbesserungen erreicht. SPD und LINKE können ein Signal für die Menschen setzen, das auf den Bund und die Kommunen Auswirkungen hat. Eine erste Auswirkung sind staatlich finanzierte Jobs für Jugend- und

(Fortsetzung auf SEITE 2)

(Fortsetzung von SEITE 1)

Schulsozialarbeit. Rund 500 der 8000 vom Land kofinanzierten Stellen aus dem von der rot-roten Landesregierung geplanten öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) könnte Potsdam erhalten. 80 Prozent soll der Bund beisteuern, aus Geldern, mit denen jetzt die Arbeitslosigkeit finanziert wird. Ziel seien existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige Jobs mit einem Mindestbrutto-Entgelt von 1.400 Euro und 36 Monaten Laufzeit vor allem für ältere Arbeitslose und Arbeitslosengeld-II-Bezieher. Führt Rot-Rot in Brandenburg automatisch zu einer Annäherung in Potsdam? Nein! Ja, es wird schwieriger sich zu streiten, aber es bedarf zu allererst einer internen Klärung – was wollen wir und wann? So gerüstet geht DIE LINKE einen Schritt auf die SPD zu – und wartet was geschieht…

Die nächste Ausgabe von Potsdams andere Seiten erscheint am Dienstag, 1. Dezember 2009

IMPRESSUM
„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Günther Waschkuhn,** Vorsitzender. Alleestraße 3, 14469 Potsdam.
REDAKTION: medien**punkt** potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk,** Redakteur; **H. Jo. Eggstein,** Layout; **Jens Hörnig,** Reisen, Service; **Gerlinde Krahnert,** freie Mitarbeit; **Renate Frenz,** Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@ gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Das Wertefach LER bleibt wichtig

Brandenburger CDU stellt Kompromiss zum Schulfach Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde in Frage

Der Humanistische Verband Berlin-Brandenburg e. V. (HVBB) hatte sich vor den Wahlen mit einer Reihe von Fragen an die demokratischen Parteien in Brandenburg gewandt. Während SPD, LINKE und Grüne sich in Ihren Antworten hinter LER stellen, hat die CDU überraschend die Neutralität von LER in Frage gestellt. Dazu erklärt der Vorsitzende des HVBB, Norbert Kunz: „Die Brandenburger CDU stellt sich kurz vor den Landtagswahlen überraschend gegen den breit getragenen Kompromiss zum Schulfach LER.

Die CDU Brandenburg schreibt in ihrer Antwort auf die Wahlprüfsteine des Humanistischen Verbandes: „Schülerinnen und Schüler können dieses Unterrichtsfach abwählen, da dem LER-Unterricht in seiner grundsätzlichen Ausrichtung keine Neutralität innewohnt.“

Kunz: „Mit dieser Antwort auf unsere Wahlprüfsteine vertritt die Brandenburger CDU in diesem Punkt verstaubte Ansichten von Vorgestern, die wir als erledigt geglaubt hatten. Dass die CDU jetzt die Neutralität von LER bestreitet, erstaunt umso mehr, da sie als Mitglied der Landesregierung seit 1999 den Kompromiss zum Schulfach LER und dessen Aufbau mitgetragen hat. Die CDU Brandenburg stellt sich mit ihren Ansichten zu LER ins gesellschaftliche Abseits, wenn sie jetzt die gesetzlichen Bestimmungen des Brandenburgischen Schulgesetzes in Frage stellt.“ Im Brandenburgischen Schulgesetz heißt es: „Das Fach Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde wird bekenntnisfrei, religiös und weltanschaulich neutral unterrichtet.“

„Die Teilnehmerzahlen am LER-Unterricht belegen die Beliebtheit des Faches. Während etwa 80.000 Brandenburger Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 bis 10 LER besuchen, machen nur rund 7.000 von der Abmeldemöglichkeit Gebrauch. Die Antwort der CDU zeigt, wie wichtig es bis heute ist, den Brandenburger Weg eines gemeinsamen und möglichst für alle Schülerinnen und Schüler verbindenden Wertefaches zu verteidigen. Der Humanistische Verband wird LER weiter unterstützen“, so Kunz.

Die Antwort der CDU auf die Wahlprüfsteine im Internet: www.hvbb-online.de

Potsdamer Montagskundgebung am 19.10.2009

Ab 18.00 Uhr trafen sich wieder am Deserteur-Denkmal (Platz der Einheit) zwanzig von Sozialraub Betroffene und einige Sympathisanten. Ronny Besancon (Stellvertretender Kreisvorsitzender der LINKEN) legte in seiner Rede beweiskräftig dar, dass seine Partei nicht nur vor der Wahl gegen Hartz IV auftrat, sondern das auch gegenwärtig und zukünftig tun wird. Mit deutlichen Worten erklärte er seine Solidarität mit den von Sozialraub Betroffenen und bot seine tatkräftige Unterstützung an (so, wie im Beschluss der Fraktion DIE LINKE im Bundestag vom 27.01.09 festgeschrieben). Dieser Beschluss-Text wurde den Anwesenden übergeben.
Die nächste Potsdamer Montagskundgebung findet am 16.11.09, 18.00 Uhr, statt.

Horst Jäkel

(Fortsetzung von SEITE 1)

der besseren Ausfinanzierung und Erhöhung der Chancengleichheit in der Bildung, dem Verzicht auf Studiengebühren und dem Master für alle, die Beibehaltung des Ziels der gleichwertigen Lebensbedingungen in Brandenburg sowie den Ausbau der erneuerbaren Energien. Entgegenkommen können wir der SPD sicher beim Thema Schüler-BaFöG. Von unseren politischen Zielen halten wir es jedoch für elementar, dass die Themen Kinderarmut, Energiewende und Abkehr von fossilen Energien, die bessere Ausfinanzierung der Jugendarbeit und die Stärkung des Gesundheitswesens sowie der Mobilität sozial Schwächerer durch Sozialtickets in eine mögliche Koalitionsvereinbarung festgeschrieben werden.

Weiterhin sind wir der Auffassung, dass in einem anzustrebenden rot-roten Bündnis auf Landesebene nicht nur gemeinsame Politikinhalte festgeschrieben werden, sondern auch klar benannt wird, wo die Grenzen des politisch Belastbaren liegen und dass politische rote Linien bzw. Sollbruchstellen definiert werden, bei welchen wir aus einer Koalition auch wieder ausscheiden würden. Anders als in Potsdam aber sehen wir auf Landesebene erhebliche Schnittmengen und erachten die Realisierung dieser gemeinsamen politischen Inhalte als unabdingbar für Brandenburg. In Potsdam sind durch die Blockadehaltung der SPD andere Bedingungen gegeben und auch die Äußerungen der Vertreter der Sozialdemokratie weisen hier auf Abgrenzung hin. Auf Landesebene aber kann es, wenn die Vertreter der SPD zu ihrem Worte stehen, eigentlich nur einen Politikwechsel geben, und das mit und durch DIE LINKE.“ (Voller Wortlaut auf: www.dielinke-potsdam.de)

Muss ich auf meine Rente Steuern zahlen?

In diesem Jahr müssen sich einige Rentner auf Post vom Finanzamt einstellen. Das seit 2005 geltende Alterseinkünftegesetz soll Schritt für Schritt ausgleichen, dass Vorsorgeleistungen im Berufsalter steuerlich begünstigt werden.

Ob Senioren eine Steuererklärung abgeben müssen, hängt von der Höhe ihrer steuerpflichtigen Einkünfte ab. Dafür werden zunächst die gesamten Einnahmen aus Rente, Vermietung, Sparverträgen oder einer betrieblichen Altersversorgung addiert.

Davon werden wie bei anderen Steuerpflichtigen auch erst einmal Aufwendungen für Sozialversicherungen und Vorsorge sowie Pauschalen für Werbung und Sonderausgaben abgezogen. Übrig bleibt das zu versteuernde Einkommen. Liegt das unter dem jährlichen Grundfreibetrag, muss man keine Steuern zahlen.

Gerade noch steuerbefreit ist demnach, wer bis 2005 Rentner wurde und jährlich insgesamt 19.193 Euro gesetzliche Rente bezog; dann nämlich käme man nach Abzug aller steuerfreien Aufwendungen zum Beispiel für Vorsorge auf eine steuerpflichtige Jahresrente von 7.664 Euro, die genau dem Grundfreibetrag entspricht – für Verheiratete das Doppelte, also 15.328 Euro.

Das Jahreseinkommen, mit dem man noch unter dem Freibetrag bleibt, verringert sich von Jahr zu Jahr, denn der Grundfreibetrag wird schrittweise abgesenkt, bis 2040 die gesamte Rente steuerpflichtig ist. Welcher Grundfreibetrag gilt, hängt davon ab, in welchem Jahr man Rentner wird. Wer also „als Einsteiger“ jährlich mehr gesetzliche Rente bezieht als in der Tabelle angegeben, muss damit rechnen, besteuert zu werden. Alle Banken, Sparkassen, Lebensversicherer und die Deutsche Rentenversicherung den Finanzbehörden melden, in welcher Höhe sie Altersbezüge ausgezahlt haben. *- ed*

Jahr des Rentenbeginns	Steuerfreie Monatsrente nach BMF-Berechnung (Alleinstehender)	Jahresrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung
	In €	In €
2005	1599	19193
2006	1524	18293
2007	1464	17572
2008	1409	16906
2009	1385	16626
2010	1353	16235

(Quelle: Bundesfinanzministerium)

„Neue Mehrheiten“ auch in Potsdam?

Positionen für eine Auseinandersetzung in der Potsdamer LINKEN/Von Günther Waschkuhn, Kreisvorsitzender DIE LINKE

Die Mehrheitsfrage im Stadtparlament ist in Potsdam nach inhaltlichen Übereinstimmungen in Sachfragen (Schnittmengen) zu behandeln. Die Frage der Kooperation oder Koalition einer „rot-/roten Mehrheit“ ist deshalb nicht nur als Ergebnis der politischen Farbenlehre zu beantworten – nach dem Motto: „Die SPD und DIE LINKE sind doch die natürlichen Bündnispartner in Potsdam!“ Inhaltliche Übereinstimmung ist nicht allein aus bestehenden programmatischen Schnittmengen abzuleiten. Gradmesser der tatsächlichen Übereinstimmung ist auch das bisherige politische Verhalten der Akteure.

Fehlende bestehende Übereinstimmung kann natürlich für die Zukunft durch ein „Aufeinanderzu-gehen“ korrigiert werden – aber nicht durch Anpassung der LINKEN an die Politik der „bürgerlichen Kooperation“ unter Führung der SPD. Richtig ist, das Ziel zu verfolgen, in einem Dialog insbesondere mit der SPD, nach Gemeinsamkeiten zu suchen und/oder diese (weiter) zu entwickeln. Dabei dürfen jedoch die bestehenden Unterschiede und Differenzen nicht „ausgeblendet“ werden. Das lässt sich hinreichend belegen (soziale Maßnahmen, Jugendkultur). Dem widerspricht nicht, in anderen Politikfeldern, z.B. beim Kampf gegen Rechtsextremismus, auf der Basis der bestehenden Gemeinsamkeit Bündnisse Partei übergreifend weiter zu entwickeln. Die mit Kommunalpolitik verbundenen Personalfragen, die ein wesentliches Motiv für das Zustandekommen der „bürgerlichen Kooperation“ in Potsdam waren, dürfen wir nicht einfach ignorieren. Wir können nicht so tun, als ob nur objektiv an Sachthemen ausgerichtete Gründe zu Bündnissen führen.

Das Motto „ein Potsdam für alle“ sollte auch weiterhin als unser kommunalpolitisches Leitmotiv gelten. Wir sollten auch deutlich machen, dass wir gegen Polarisierung und Ausgrenzung in der politischen Debatte in Potsdam sind (DVU, NPD und Vergleichbares natürlich ausgenommen). Das heißt jedoch nicht, die Augen vor stattfindenden gesellschaftlichen Prozessen zu verschließen, die (auch) in Potsdam zu sozialen Ausgrenzungen, menschenunwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen bis hin zu Armutsentwicklungen führen.

Dass bei kommunalen Entscheidungsprozessen die (ökonomisch) Mächtigen politischen Einfluss nehmen und ausüben, gilt auch in Potsdam. Da, wo in diesem Zusammenhang Interessenunterschiede und Gegensätze auftreten, ist es eine Kernaufgabe der LINKEN, diese zu benennen. Das unterscheidet uns immer wieder von anderen.

Das Thema „Bündnisstrategien“ wird zurzeit auf die Vorgehensweise im parlamentarischen Raum, hier im Stadtparlament, fokussiert. Wir müssen jedoch die Entwicklung außerparlamentarischen Drucks stärker als bisher zum Gegenstand unserer politischen Arbeit machen. Vorhandene und potenzielle Bündnispartner im außerparlamentarischen Raum sind Gewerkschaften und soziale Bewegungen im weitesten Sinne, Verbände, Vereine und Bürgerinitiativen.



Es funktioniert doch, dass DIE LINKE und die SPD miteinander reden können – so wie weiland beim Sommerfest Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg und Dr. Manfred Stolpe... „Schnittmengen“ gibt es zur Genüge...

Die Einschätzung von potenziellen Bündnispartnern, besonders wenn es sich um Parteien handelt, sollte ein Ergebnis von Analysen und nicht von Sympathie oder Antipathie sein. Für die Einschätzung der SPD in Potsdam ist auch eine Kenntnis des SPD-Unterbezirks sinnvoll. Nur so ist eine differenzierte Bewertung möglich, die notwendig ist, um im Umgang mit der SPD selbst sachorientiert aufzutreten.

Ich gebe zu, dass ich die Potsdamer SPD bisher mehrheitlich nicht als Teil des „linken Flügels“ der Landespartei geortet habe. Natürlich wäre es erfreulich, wenn sich dies auch infolge der Entwicklung auf der Landesebene verändert.

Zur Bündnisfrage gehört natürlich auch, die eigenen Ziele zu priorisieren, also festzulegen, welchen Stellenwert sie für uns haben, wo Kompromisse (mit wem) möglich sind bzw. welche Ziele in ein „Sofortprogramm“ gehören und welche auf „Wiedervorlage“.

Für DIE LINKE ist selbstverständlich, dass bei der Entwicklung von Bündnisstrategien alle Teile der Partei beteiligt werden. Nur so können wir dem Anspruch einer basisorientierten „Mitmach-Partei“ gerecht werden. Auch zum Thema Bündnisstrategien werden vor unserem Kreisparteitag am 28. November Diskussionsforen durchgeführt, um notwendige Positionsbestimmungen qualifiziert vorzubereiten.

Brunch für Neumitglieder

Der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE in Potsdam lädt alle Neumitglieder zu einem Treffen 2009 ein. Dieses findet am 21. November 2009 von 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr im Haus der LINKEN in der Alleestraße 3 in 14467 Potsdam statt. Das Treffen soll sich als Kennenlernbrunch gestalten, bei dem Themen, wie die innere Struktur der Partei DIE LINKE und die Einordnung des Kreisverbandes Potsdam in diese angesprochen werden. In lockerer Runde wollen wir uns dann noch einmal über mögliche Betätigungsfelder und Eure ersten Erfahrungen in der Partei DIE LINKE unterhalten. Nutze diese Möglichkeit, Dich aktiv in die Partei einzubringen und Leute kennen zu lernen und komm vorbei! Wir würden uns freuen!

Kreisvorstand DIE LINKE

Potsdamer Stadtpolitik: Wählerwille und Parteihandeln

Wir sind in unserer Partei seit einem Jahr im Gespräch über die Frage: Ist eine Zusammenarbeit mit der SPD in der Potsdamer Kommunalpolitik möglich? Einige von uns gaben den Anstoß, die Zusammenarbeit zu suchen und das Schweigen zu beenden. Die beiden linken Parteien erhielten bei der letztjährigen Kommunalwahl viel Zustimmung; zusammen vertreten sie die Mehrheit der Potsdamer Wahlbürger. 2 x 30 ist 60; aber es gibt keinen Alleinvertretungsanspruch. Mit der Bundestagswahl haben sich in Deutschland die politischen Mehrheitsverhältnisse verändert; und zwar nach rechts. Für beide Parteien wäre es jetzt vordringlich, die selbst gewählten kommunalen Schneckenhäuser zu verlassen.

Im ersten Schritt könnten beide Parteien beginnen, die in der Potsdamer Kommunalpolitik bisher erreichten Standards zu verteidigen – die sozialen und die kulturellen und die stadtbürgerlichen Rechte. Der Kreisvorstand unserer Partei sollte den Weg zu dem sozialdemokratischen Unterbezirk finden und gemeinsames Handeln anbieten.

In unserer Partei gibt es Vorbehalte und in der Stadtfraktion offensichtliche Ablehnung. Deshalb sollte der Kreisvorstand Vertreter der LINKEN aus Kommunen einladen, in denen SPD und die LINKE erfolgreich zusammenarbeiten. Wir könnten in einer öffentlichen Diskussion aus ihren Erfahrungen lernen, wie man Wählerwillen in kommunalpolitisches Handeln umsetzt.

Was sich auf Landesebene abzeichnet, kann mit einer Öffnung der LINKEN auch kommunal einen Strategiewechsel für Rot-Rot – verbunden mit einem politisch tiefgreifenden Dialog mit der SPD und anderen Bündnispartnern links der Mitte – hervorbringen. Ihn ehrlich und mit überzeugenden Argumenten zu führen, ermöglicht unserer Partei, wieder verstärkt Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung zu nehmen. Eine Voraussetzung ist, dass Potsdamer Stadtpolitik von uns komplexer als bisher – nämlich im Zusammenspiel ihrer sozialen und ideel-kulturellen Komponenten begriffen wird. Ziel ist, gegen konservative und neoliberale Positionen wahrnehmbar zu sein.

Ideenreiche Vorschläge für vielfältige Dialogformen zu historisch relevanten bzw. kulturellen Themen Potsdams wie zu drängenden Zukunftsfragen der Stadt und der Gesellschaft (von der „Aufarbeitung“ der Geschichte Potsdams und der DDR bis zur Befassung mit dem neoliberalen Zeitgeist) müssen daher ein größeres Gewicht in unserer Politik erhalten. Die anzustrebende Qualifizierung unseres politischen Stils erscheint notwendig, damit wir – über unsere erfolgreiche soziale Politik hinaus – größeren ideellen Einfluss in der Öffentlichkeit erreichen.

Voraussetzung hierfür ist eine breite innerparteiliche Diskussion zum Strategiewechsel und zu den wachsenden ideologischen Anforderungen an DIE LINKE, damit sie stärker als politischer Faktor wahrgenommen wird. Dies schließt sowohl eine nüchterne Analyse möglicher Kooperationspartner als auch die selbstkritische Einschätzung unserer bisherigen Politik ein. Hinzu kommt die Erkenntnis, dass wir unsere soziale Politik effektiver mit offensiver Einflussnahme auf das öffentliche Meinungsbild in Potsdam verbinden müssen.

Fritz Reinert/Jörg Franke

Wer war dabei? Wer kann erzählen?

1950

Vom 27. – 30. Mai 1950 – also zu Pfingsten – fand in Berlin das 1. Deutschlandtreffen der Jugend für Frieden und Völkerfreundschaft statt. 700.000 Jugendliche aus der DDR und der BRD nahmen daran teil – aus Potsdam waren es 1.500!

Wer hat daran teilgenommen, und wer kann über seine Erlebnisse berichten? Wer besitzt noch Fotos oder andere Dokumente?

„Potsdams andere Seiten" möchte sechzig Jahre danach das Deutschlandtreffen 1950 für seine Leser wieder lebendig werden lassen.

Helfen Sie uns dabei.



Übt immer und jeder Treu und Redlichkeit?

November 1784

Üb' immer Treu und Redlichkeit bis an dein kühles Grab – so klang es von der Hof- und Garnisonkirche und klingt es heute vom stählernem Gebälk an der Plantage.

Das war als Ausdruck gebündelter preußischer Tugenden für die Untertanen im Lande gedacht. Galten die auch für Friedrich II.?

Ein Beispiel:

Am 17. November 1784 richtet Friedrich II. an seinen Freund und Vertrauten, den General Johann Paul von Werner (1707 – 1785), ein Schreiben. Das ist nicht von bemerkenswertem Belang. Was aber der Briefschreiber von seinem Freund fordert, schon: Spionage soll der organisieren!

Harmlos noch beginnt Friedrich II.: „Mir kommen von so vielen Orthen die Nachrichten zu, dass die Ungarn sehr unzufrieden und aufgebracht sind gegen den Kaiser." Dann tastet sich Friedrich II. an sein eigentliches Anliegen heran: „...so würde es Mir Lieb seyn, wenn Ich in Pohlen oder so einen Menschen kriegen könnte, der raffinirt ist und Verstand hat, den man nach Ungarn durchschicken könnte, um mit den Leuthen dorten selbst zu sprechen und zu hören, wie weit sie aufgebracht sind..."

Und schon erfolgt der Auftrag: „Ich habe Euch also hierdurch ersuchen wollen, dieser Sache näher nachzudenken und zu sehen, ob ihr mir nicht einen dergleichen Menschen in Vorschlag bringen könnet."

Damit er recht verstanden werde, entwickelt Friedrich II. sehr konkrete Vorstellungen darüber, was das für ein Mann sein sollte: „Ich bitte Euch demnach sehr, Euch rechte Mühe zu geben, um einen soliden und vernünftigen Menschen zu diesen Sachen ausfindig zu machen. Ein leichtsinniger Mensch taugt nicht dazu, der würde sich bald verrathen und aufgegriffen werden. Deshalben müssen wir dazu einen raffinierten und recht gesetzten Menschen, der dabey Kopf hat, nehmen."

Freilich weiß Friedrich II., „...dass das nicht in 8 Tagen so angehet..."

Redlich freilich ist das Ansinnen des Preußenkönigs an seinen General nicht, doch der Schreiber des Briefes erteilt abschließend quasi Absolution: „...wenn Ihr Euch nur so ungefähr deshalben die Mühe geben wollet, so werdet Ihr Mir einen großen Gefallen dadurch erweisen."

-rt

Finden sich die „zwei Königskinder"?

Zum Verhältnis von LINKE und SPD in Potsdam/Von Sascha Krämer, Kreisvorstand DIE LINKE

Die Stärke der LINKEN lag bisher in der innerparteilichen Geschlossenheit. Seit der Kommunalwahl 2008 haben wir uns in Kräfte raubende Personaldebatten verstrickt bzw. verstricken lassen. Das behindert. Wir müssen innerparteiliche Demokratie wieder stärker leben: Miteinander reden, Argumente abwägen und auch mal einen Schritt zurücktreten. Es sei daran erinnert, dass wir Politik nicht für unsere Egos, sondern für die Menschen machen. Wir haben ein Ziel. Und das erreichen wir, wenn wir uns auf unsere politischen Aufgaben besinnen – auf die Wünsche und Sorgen der Menschen. Selbstbeschäftigung ist kein taugliches Mittel in der Politik!

Aber nun zum Eigentlichen. In der Januar-Ausgabe 2009 von Potsdams anderen Seiten habe ich gefragt, ob DIE LINKE in Potsdam politikfähig ist? Damals wie heute lautet die Antwort: „Ja, natürlich sind wir politikfähig!". Als stärkste Fraktion in der Stadt haben wir drei Ausschussvorsitzende, bringen Anträge und Aufträge in die Stadtverordnetenversammlung und geben damit Themen vor. Dass wir mit unserer Politik richtig liegen, zeigen die guten Ergebnisse der Bundestagswahl (28,8 % der Zweitstimmen) und der Landtagswahl (28,7 % der Zweitstimmen).

Wenn alles gut ist, warum dann diese Frage? Es gehört auch zu Potsdams politischer Realität, dass es im Stadtparlament eine Mehrheit gegen DIE LINKE gibt. Diese „bürgerliche Kooperationsgemeinschaft" beund verhindert unsere Anträge; sie erschwert es uns, die Lebensumstände in dieser Stadt sozial gerechter zu gestalten. Das ist ein Fakt. Die SPD hat sich freiwillig in eine Art babylonische Gefangenschaft begeben. Klein- und Kleinstparteien bestimmen, besser verhindern originäre sozial-demokratische Politik. Nach der Kommunalwahl 2008 wurden zwar Gespräche zwischen Vertretern der SPD und der LINKEN geführt, ja sogar mit dröhnendem Vollgas – aber im Leerlauf! Keine Seite war für Rot-Rot bereit, dies aus unterschiedlichsten Gründen. Ein Jahr nach der Kommunalwahl haben sich SPD und DIE LINKE in Potsdam irgendwie eingerichtet. Man führt ein paar Scheingefechte und lebt ansonsten nach dem Motto: „Glücklich ist, wer vergisst, was doch nicht mehr zu ändern ist."

Zwar sind in den hiesigen Medien oftmals Monarchisten und Konservative tonangebend, aber es ist ein politischer Fakt: Es gibt in Potsdam eine klare linke Mehrheit. So der Wille des Souveräns. Aber er wurde bisher nicht umgesetzt. Wir sollten darüber nachdenken, was wir als LINKE tun können, um dieses Mandat zu erfüllen.

Am Anfang stand das Wort und so sollten auch die politischen Akteure beider linker Parteien bald miteinander reden. Schnittmengen bei Sachfragen sind zuhauf vorhanden. Gemeinsamkeiten suchen und Differenzen benennen, soziale Projekte entwickeln, das könnte ein Leitfaden für eine – wie auch immer geartete – Zusammenarbeit sein. Dabei sind gegenseitiger Respekt, Transparenz im Dialog und Kompromissbereitschaft wichtige Prinzipien im Miteinander.

Um sich auf die Suche nach neuen Bündnispartnern zu begeben, muss DIE LINKE inhaltlich gut gerüstet sein. Es nutzt wenig, jetzt zu warten. Wir sollten aktiv sein. Dabei darf die Frage nach der Schuld am Nichtzustandekommen von Rot-Rot weder Ausgangspunkt noch Mittelpunkt des Dialogs sein. Im innerparteilichen Diskurs sind von den Basisorganisationen als auch vom Kreisvorstand Ideen dafür entwickelt worden. Daran gilt es anzuknüpfen. Sicherlich müssen wir dann auch klären, welche Rolle der Kreisvorstand einschließlich des Vorsitzenden, die BO-Vorsitzenden, die Delegierten und die Mitglieder der Stadtfraktion bei der Entwicklung von Bündnisstrategien spielen sollen. Unser Anspruch ist weiterhin: eine Basis orientierte „Mitmach-Partei"! Aus diesem Grund – und auch weil wir es der Satzung nach müssen – hat DIE LINKE für den 28. November einen Kreisparteitag einberufen. Dort soll sowohl über die innerparteiliche Entwicklung als auch über neue Mehrheiten und auch Bündnispartner diskutiert werden. Bereits im Vorfeld finden zwei Workshops statt (Themen „Weiterentwicklung der innerparteilichen Arbeitsstrukturen" am 29. Oktober und „Bündnisstrategien für Potsdam am 12. November, 18.00 Uhr, in der Alleestraße).

Ergebnis dieser Debatten könnte der Auftrag an den Kreisvorstand sein, sich aktiv und offen mit anderen politischen Mitbewerbern an einem Tisch zu setzen, um einen gemeinsamen Politikstil zu finden, der den Menschen in Potsdam zu Gute kommt. ... und wer weiß, vielleicht finden ja die „zwei Königskinder" doch noch zueinander?

Die Untiefen der Kommunalpolitik

ANITA TACK (MdL) nach einem Jahr als Stadtverordnete

Zu den Kommunalwahlen 2008 habe ich mich das erste Mal in Potsdam zur Wahl gestellt. Ich wollte und will meine Erfahrungen als Landtagsabgeordnete mit denen der Kommunalpolitik im Interesse für schnelle und überzeugende Problemlösungen einbringen. Für meine Fraktion übernahm ich den Vorsitz des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen. Diese Funktion kostet v. a. viel Zeit, denn der Bauausschuss tagt aller 14 Tage für 4 Stunden. Damit nicht getan, denn es bedarf Vor- und Nachbereitungen zahlreicher Entscheidungen, der Teilnahme an workshops, Fachberatungen und vielen Bürgergesprächen.

Es gab es eine ganze Reihe von Problemen, zu denen sich betroffene Bürger direkt an mich wandten. Und in einigen Fällen, leider nicht immer, konnte ihnen auch geholfen werden.

Dass es nun einen Wettbewerb bei der PRO POTSDAM zum Ersatzbau für das „Haus des Reisens“ gibt, kann DIE LINKE auf der Erfolgsseite verbuchen, obwohl es schon schwer fällt zu akzeptieren, dass PRO Potsdam im Alleingang entschieden hat, das Haus des Reisens abzureißen. Deshalb wollen wir, dass künftig öffentliche Wettbewerbe zu Neubauten in der Stadt, v. a. auch in Potsdams Mitte, durchgeführt werden, damit im Wettstreit um die beste Idee gerungen wird. Und ich werde mich auch weiter dafür stark machen, dass der Umweltverbund mit öffentlichem Nahverkehr und Fuß- und Radverkehr weiter gestärkt, dass der Bahnhof Pirschheide aus seinem Dornröschenschlaf geweckt wird



und eine wichtige Rolle bei der Anbindung der Landeshauptstadt an den Flughafen BBI künftig spielt. Und wenn es uns auch noch gelingt, dass die Sporthalle im Park Babelsberg so lange zur Nutzung zur Verfügung steht, bis ein vollwertiger Ersatz geschaffen wird, werden sicher viele Studierende und Freizeitsportler zufrieden sein.

Für die Zukunft wünsche ich mir, dass in der StVV wieder mehr um Sachfragen gestritten und mit wechselnden Mehrheiten fraktionsübergreifend entschieden wird. Denn das Agieren der „bürgerlichen Mitte“ artet oft in kleinliches Gezänk aus, anstatt sich am Bürgerwohl zu orientieren.

Ich hoffe, dass sich im Zusammenhang mit der sich abzeichnenden rot/roten Regierung im Land auch ein politisches Umdenken in der Potsdamer Kommunalpolitik vollziehen wird. Das würde der Landeshauptstadt gut zu Gesicht stehen.

freiLand – eine hoffentlich endliche Geschichte!

Krise der Jugendkultur oder Krise der Politik/Von Dr. Sigrid Müller, jugendpolitische Sprecherin DIE LINKE

Seit Mai 2008 sind die bis dahin einzigen Jugendeinrichtungen in Potsdams Innenstadt, der Jugendclub „S 13“ und der „Spartacus“, geschlossen. Seit April 2009 hat der Oberbürgermeister den Auftrag, für einen Ersatz zu sorgen. Das Gezerre darum geht nun schon 18 Monate, zu einer endgültigen Entscheidung kam es bisher nicht, obwohl mit dem Areal „freiLand“ die Lösung auf der Hand liegt. Die Idee dazu wurde von Hans-Jürgen Scharfenberg und dem Geschäftsführer des Stadtjugendrings präsentiert. Ob das der Grund dafür war, dass es in allen Fraktionen mit Ausnahme der LINKEN Vorbehalte gegen dieses Projekt gibt?

Die Verwaltung und die AG Alternative Jugendkultur in Potsdam (AJKP) haben gemeinsam den 10plus-Punkte-Plan Jugendsoziokultur entwickelt, der u. a. auch Alternativen für den S 13 und den Spartacus und für das von Schließung bedrohte „Archiv“ in der Leipziger Straße enthält. Der Plan zeigt definitive Auswege aus der Krise der Jugendkultur. Und trotzdem soll – so der Wille der Verwaltung – erst eine wissenschaftliche Analyse des Bedarfs erstellt werden, bevor es Entscheidungen zu „freiLand“ und „Archiv“ gibt. Ein Schelm, der Arges dabei denkt!



Die LINKE hat bereits im April 2009 mit einem Antrag gefordert, den 10plus-Punkte-Plan Jugendsoziokultur nach seiner Umsetzbarkeit aufzuschlüsseln. Dabei soll vor allem zwischen bereits umgesetzten, zukünftig haushaltsneutralen und haushaltsrelevanten Lösungen entschieden werden. Das Grundstück des ehemaligen Wasserbetriebes in der Friedrich-Engels-Straße soll nach Klärung aller Voraussetzungen gesichert und schrittweise auf der Grundlage der „Skizze zur Machbarkeit des Projektes ‚frei Land‘“ entwickelt werden. Priorität sollen dabei die Sicherung einer Ersatzlösung für den „S 13“ und den „Spartacus“ sowie die Einrichtung von Bandproberäumen und Graffitiflächen haben. So lautet der modifizierte Beschluss der Stadtverordneten, der im Juni 2009 mit klarer Stimmenmehrheit bei nur einer Gegenstimme und einigen Stimmenthaltungen gefasst wurde.

Klare Worte, klare Ziele und klare Aufgabenstellung – so sollte man meinen! Der Entscheidungsprozess zieht sich aber weiter dahin! Die Einen, so Vertreter von SPD, CDU und Grünen, sagen (ungeprüft !!!): Das kann sich die Stadt finanziell nicht leisten. Andere, so die FDP/Familienpartei, erklären: Wir müssen das Bestehende, also das „Archiv“ retten, bevor wir uns „Zusätzliches“ leisten.

Offenbar haben sie immer noch nicht verstanden, dass im „freiLand“ zunächst gar nichts Zusätzliches entstehen soll. Es soll „nur“ wieder geschaffen werden, was es schon mal gab und dringend gebraucht wird: Raum für den „S 13“ und den „Spartacus“ (siehe Beschluss).

Auch die Verwaltung beteiligt sich aktiv an dem Herauszögern einer Entscheidung. Im September 2009 präsentierte sie der StVV lediglich eine Mitteilungsvorlage als Reaktion auf den o. g. Beschluss, wohl wissend, dass auf dieser Grundlage keine Beschlüsse gefasst werden können.

Hätte DIE LINKE nicht die Initiative ergriffen und wesentliche Inhalte dieser Mitteilungsvorlage in einen Dringlichkeitsantrag aufgenommen, gäbe es jetzt weder den vom Jugendhilfeausschuss einstimmig, noch im Oktober 2009 von der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich gefassten Beschluss, die beiden Rahmenkonzepte „Jugendkultur“ und „Inhaltliche Ausgestaltung und Umsetzung des Projektes ‚freiland‘ und ihre gesamtstädtischen Folgen im Bereich der Jugendarbeit und Soziokultur“ vor einer Beschlussfassung im Rahmen einer zeitweiligen Arbeitsgruppe mit den verschiedenen Beteiligten und Akteuren zu diskutieren: AJKP, Archiv e.V., Stadtjugendring, Waschhaus, Lindenpark, Projektgruppe „freiLand“, Spartacus e.V., Vertreter von Jugendhilfe- und Kulturausschuss, Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport und Geschäftsbereich Soziales, Jugend.

Ziel der Arbeitsgruppe soll es sein, bis zu einer gemeinsamen Sitzung von Jugendhilfe- und Kulturausschuss im Januar 2010 einen konsensfähigen Entwurf zu den Rahmenkonzepten zu entwickeln. Zwar gibt es bereits den Beschluss vom Juni 2009. Uns ist aber die Lösung der Probleme so wichtig, dass wir alle Schritte mitgehen, um einen möglichst breiten politischen Konsens zu erreichen. Oberste Priorität haben die Interessen junger Menschen in unserer Stadt – zumindest für uns!

Garagen gehören zur Wohnqualität

Bedeutung der Garagenvereine in den Plattenbaugebieten für Wohnqualität, Mieterbindung und gesunde Sozialstruktur



Reinhold Fiedler

Das Stadtentwicklungskonzept Wohnen in der Fassung vom September 2009 für die Wohngebiete Schlaatz/Waldstadt und die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 15. September 2008 zum Bestand der Garagenvereine Meisenweg/Unter den Eichen bis mindestens 2018 sowie die Aussagen auf der Bürgerversammlung vom 8.9.2009 mit Dr. Scharfenberg (DIE LINKE), Herrn Schubert (SPD) und Herrn Breetz (CDU) verfolgen wir aufmerksam und werden sie weiterhin kritisch begleiten.

In der Landeshauptstadt gibt es mehr als 30 größere Garagenanlagen, die als Vereine organisiert sind. Mit der Entstehung des Wohngebietes Waldstadt I als erstem Plattenbaugebiet Potsdams, begann in den 60er Jahren auch der Bau von Garagenanlagen. Meist in Eigenleistung der Genossenschaftsmitglieder bzw. der Mieter bei der kommunalen Wohnungsverwaltung. Als Bauflächen wurden den Mietern Splitterflächen, am Rande der Wohngebiete als Pachtland zugewiesen.

Besonders in den letzten Kommunalwahlkämpfen (2008, d. Red.) war der Erhalt der Garagenanlagen ein Thema! In Potsdam fand sich keine Mehrheit, ganz im Gegensatz zu mehr als 140 anderen Städten, wo den Garagenvereinen ein dauerhafter Bestandsschutz gewährt wurde. Einzig DIE LINKE hat sich stets für den Erhalt der Garagen in den Plattenbaugebieten als ein Element der Wohnqualität eingesetzt. Die Mieterbindung an die Wohngebiete und reduzierte Fluktuation sind ein weiterer positiver Aspekt. Garagen haben für die Plattenbaumieter die gleiche Bedeutung wie heute die Eigenheime mit Tiefgarage.



Zum Wohnungsbau bis 2020

Im Juli 2009 stellte der Oberbürgermeister der Öffentlichkeit den Entwurf des Stadtentwicklungskonzeptes (SEK) Wohnen bis 2020 vor. Daraus ergibt sich eine neue Lage. Es wurde ein Bauflächenpotenzial für ca. 11.500 Wohneinheiten mit einer Reserve von 25 % ausgewiesen. Die Brachflächen im Schlaatz-Zentrum (Auerochs und REWE) und in der Waldstadt I fanden darin wenig Beachtung, obwohl diese gut erschlossen sind. Hier muss das Wohnkonzept 2020 nicht nur für den Schlaatz im Interesse lebendiger Wohngebiete mit Versorgungsfunktion ergänzt werden. Für den Raum Schlaatz und Waldstadt liegen die vorgesehenen Bauflächen überwiegend an der Wetzlarer Straße:

- ehemaliges Plattenwerk zwischen H.-Mann-Allee und Drewitzer Str. (9 ha für ca. 600 WE)
- ehemalige Bio-Deponie zwischen Erich-Weinert-Str. und der Nuthe (7,5 ha für ca. 500 WE)
- Am Tiroler Damm, Flächen der Pro Potsdam (1 ha für ca. 70 WE) und
- Ergänzungsbau an der Drewitzer Straße.

Nach der Konzeption des IFS werden hier ca. 575 WE in Mehrfamilienhausbauweise und 120 in FH benötigt. Die Garagenverein Meisenweg und Unter den Eichen sind nach dem von der LINKEN eingebrachten Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 15.9.2008 vorerst nicht für den Wohnungsbau vorgesehen und haben bis mindestens 2018 Bestandsschutz. Der neue Baubeigeordnete hat allerdings eine erneute Nachprüfung aller Garagenstandorte bei der Suche nach erschlossenem Bauland angekündigt. Das verödende Zentrum am Schlaatz wäre sicher geeigneter als das Vereinsgelände Unter den Eichen.

In der Bürgerversammlung am 8.9.2009 haben die Bürger massiv den langfristigen Erhalt der Vereine gefordert! Eine dauerhafte Bestandssicherung der Garagenvereine ist ein Element zur Mieterbindung und ein Baustein gegen weitere soziale Entmischung. Hier sind die ungünstigsten Werte aller Potsdamer Neubaugebiete, überwiegend durch Fluktuation entstanden.

Die Stadtverordnetenversammlung sollte im Lichte der Ergebnisse des Flächenbedarfes und dem doppelten Angebot an günstigeren Bauflächen am Schlaatz, den Vereinen über Erbpacht oder Verkauf einen langfristigen Bestand gewährleisten und so einen Beitrag zur sozialen Stabilisierung des Wohngebietes leisten. Die Ablehnung des Antrages der LINKEN mit diesem Anliegen vom 7. Oktober 2009 durch die anderen Parteien war gewiss kein gutes Signal an die Bewohner der beiden Stadtteile.

Reinhold Fiedler
BI Schlaatz

Schlaatz darf nicht „abgehängt" werden

Dr. Scharfenberg im Gespräch mit Stadtteilbewohnern des Schlaatz

„Stadtteile sind wie eigene Ortsteile", diese Aussage von Hans-Jürgen Scharfenberg stieß auf die ungeteilte Zustimmung der Teilnehmer einer Gesprächsrunde im Haus der Generationen und Kulturen am 16. September d. J., zu der die Ortsgruppe 70 der Volkssolidarität gemeinsam mit der LINKEN eingeladen hatte. Wir sollten um einen Ortsvorsteher ringen, so einige Anwohner. Zumindest aber dafür, dass unser Stadtteil nicht abgehängt am Ende der Fahnenstange der Landeshauptstadt Potsdam in Vergessenheit gerät. Ein Quartiermanagement ist sinnvoll und notwendig für unser Wohngebiet, so die Anwesenden. Dafür will sich der Landtagsabgeordnete auch in Zukunft stark machen. So auch für ein Förderprogramm auf Landesebene, das sozialen Wohnungsbau für Potsdam möglich macht. Die derzeitige Mietentwicklung auch von Wohnungen der Pro Potsdam birgt die Gefahr in sich, dass alteingesessene Mieter aus dem Stadtteil, möglicherweise sogar ganz aus der Stadt gedrängt werden. Nach Sanierungen oder Modernisierungen darf es nicht sein, dass der Großteil der älteren Mieterschaft die neuen Mieten nicht mehr bezahlen kann, somit gezwungen ist, sich eine neue, bezahlbare Wohnung außerhalb der Stadtgrenzen zu suchen. Ein wichtiges Thema auch für die noch anstehenden Diskussionen im Zusammenhang mit dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen.

Zweites wichtiges Gesprächsthema an diesem Nachmittag war das Kaufhallen-Problem. Mit der neuen Kaufhalle am Horstweg ist zu beobachten, wie vor allem ältere Menschen mit Gehproblemen den beschwerlichen Weg kaum selbstständig bewältigen. Sie forderten nochmals, dass schnellstens eine Ersatzeinkaufsmöglichkeit im Zentrum des Stadtteiles geschaffen wird. Und zwar solange, bis die zugesagte kleinere Kaufhalle am alten Standort Schilfhof fertig gebaut worden ist. Herr Scharfenberg sicherte zu, dass er sich wie bisher für eine Umsetzung der Beschlusslage aus dem Jahr 2008 – Neubau eines REWE-Marktes am Horstweg und Schaffung einer Ersatzkaufhalle am alten Standort Schilfhof – stark machen wird.

Es wären sicher noch zahlreiche weitere Probleme diskutiert und angesprochen worden, wenn noch Zeit gewesen wäre. Und so gilt es zu überlegen, wann die Volkssolidarität erneut zum Gespräch mit Politikern in ihren Stadtteil einlädt.

J. Schulze
Mitglied der
Volkssolidarität Potsdam

„Für marxistische Bodenreformideen …“

Zur Geschichte des Siedlungsvereins Eigenheim

Im Zusammenhang mit der möglichen Gründung einer Interessengemeinschaft oder eines neuen Siedlervereins in der Eigenheimsiedlung Potsdam erwuchs für mich der Auftrag, im Landeshauptarchiv Brandenburg nach noch vorhandenen Unterlagen des ehemaligen Siedlungsvereins nachzufragen. Dies geschah am 27.07.09.

Die Satzungen und Protokolle sowie Beschwerden, Informationen und der Briefwechsel mit der Verwaltung existieren unter Rep. 260, Amtsgericht 74 Potsdam.

Folgende Fakten wurden recherchiert:

Am 15.6.1921 wurde der Siedlungsverein als „Gemeinnütziger Kleinsiedlungsverein Eigenheim e.V. in Potsdam“ gegründet. Sein Zweck „besteht darin, in uneigennütziger Weise seinen Mitgliedern bei der Ansiedlung auf eigener Scholle im Einfamilienhaus in jeder Weise behilflich zu sein.“ Die Mitgliedschaft war an eine Mitgliedschaft im Bund Deutscher Bodenreformer gebunden, Eintrittsgeld 10 M., jährlicher Beitrag 5.00 M. Die Gründung wurde im Öffentlichen Anzeiger Nr. 4 der Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin am 23.7.1921, Vereinsregister Nr. 128, angezeigt.



Es existieren Protokolle der Mitgliederversammlungen von 1924, 1927, 1928. Am 21.5.1928 trat der gesamte Vorstand zurück wegen „Zuspitzung des Verhältnisses zwischen dem alten Vorstand und den Mitgliedern“.

Am 5.10.1028 erschien eine geänderte Satzung.

Es muss mehrfach Differenzen zwischen dem Vorstand und den Mitgliedern gegeben haben, wie Beschwerdebriefe belegen. Es fand eine Beratung mit dem geistigen Vater der Siedlung, dem Bodenreformer Dr. Damaschke, statt, über die auf einer Generalversammlung am 16.1.1930 berichtet wurde. Ein neuer Vorstand wurde gegründet.

Die Hauptversammlung vom 10.2.1931 beriet über anstehenden Straßen- und Wegebau. Die Mitgliederversammlung vom 10.3.1932 beschloss eine neue Satzung und eine Namensänderung in „Interessengemeinschaft Eigenheim e.V.“ Künftige Erwerber von Grundstücken in der Siedlung mussten Vereinsmitglieder werden.

Am 15.5.1933 erfolgte eine weitere Namensänderung in „Nationalsozialistische Kampfgemeinschaft Eigenheim“. Im Protokoll dazu heißt es: „Der gemeinnützige Kleinsiedlungsverein..., welcher auf marxistischer Grundlage aufgebaut ist, weigert sich, seine Auflösung zu vollziehen. Er kämpft weiterhin für marxistische Bodenreformideen und stellt sich damit bewusst in Gegensatz zur nationalsozialistischen Neuordnung unserer Zeit. Mit dem Weiterbestehen dieses Vereins erwachsen der nationalen Erneuerung für den Stadtteil Eigenheim unabsehbare Schäden.“

Am 23.9.1933 legte der alte Vereinsvorstand alle Ämter nieder.

Die Mitgliederversammlung vom 2.12.1933, an der 146 von 204 eingetragenen Vereinsmitgliedern teilnahmen, beschloss eine neue Satzung und formulierte als Ziel des Vereins: „Er betreibt in erster Linie die Abwicklung des mit der Stadtgemeinde Potsdam abgeschlossenen Vertrages über den Straßenbau in der Siedlung...“.

Der Eintrittsbeitrag betrug 3.00 RM, ab Januar 1934 mussten monatlich 5.00 RM gezahlt werden, ab Januar 1937 10.00 RM monatlich.

Ein letztes Protokoll datiert vom 28.5.1936.

Eine Aktennotiz vom 17.3.1947 besagt, dass die Vereinsunterlagen durch Bombemeinwirkung vernichtet wurden, die Austrittserklärungen aller Siedler aus dem ehemaligen Verein vorlägen und die Löschung des Vereins aus dem Vereinsregister beantragt wird.

Vom 30.10. bis 26.11.2009 berichtet eine Ausstellung über die „Siedlung Eigenheim“ in der Auferstehungsgemeinde, Am Försteracker. Sie wurde von der Arbeitsgruppe „Geschichte der Siedlung Eigenheim“ zusammengestellt. *Hella Drohla*

3. Schlaatzer Martinsfest

Mit Laternen, echtem Pferd und Musik ziehen wir am Mittwoch, dem 11. November, ab 17 Uhr durch den Schlaatz. Treffpunkt ist am „Haus der Generationen und Kulturen“, Milanhorst 9. Von dort gehen wir zum Bürgerhaus, wo eine kleine Theaterszene geplant ist. Die zweite Etappe führt voraussichtlich zur Kita Nuthespatzen. Dort wird bei warmen Getränken und einem kleinen Imbiss gefeiert. Eingeladen sind nicht nur Kinder und ihre Eltern und Großeltern, sondern jeder der Lust hat, mit uns zu feiern.



Veranstaltet wird das Martinsfest vom Familienzentrum des Diakonischen Werkes, der Kita Nuthespatzen, dem Haus der Generationen und Kulturen, dem Bürgerhaus und dem Projekt „Kirche im Kiez“

. *(Aus: TauZone 89)*

Nachfrage eines Bürgers der Waldstadt I

„Eigentlich habe ich ja keine Hoffnung, dass mein Anliegen überhaupt noch Berücksichtigung findet“, so ein Anwohner der Waldstadt I im Juli 2009. In einem persönlichen Gespräch teilte er mit, dass er auf den schadhaften Zustand der Johannes-R.-Becher-Straße bereits auf dem Stadtteilrundgang des Oberbürgermeisters am 17. September 2008 aufmerksam gemacht hatte. Ihm wurde zugesichert, dass man sich darum kümmert. Doch nichts passierte.

Eine Kleine Anfrage bei der Stadtverwaltung, unter ausdrücklichem Verweis auf das durch den Oberbürgermeister Zugesagte, bewirkte sofortiges Handeln.

So ist der angesprochene Gehwegabschnitt heute ausgebessert, und der private Anlieger hat den sich daran anschließenden Bereich auch gleich mitsaniert.

Warum, so fragt sich die Fragestellerin, handelte der damalige Spitzenkandidat – der heute übrigens immer noch Oberbürgermeister ist und sein Mandat als gewählter Stadtverordneter nicht angetreten hat – nicht sofort. Warum mussten erst Monate ins Land gehen und die Gefahr bestehen, dass Bürger nicht sicheren Fußes an ihr Ziel gelangen? *Jana Schulze*



Lärmschutz an der Nutheschnellstraße

Seit langem beschweren sich Anwohner der Nutheschnellstraße über die Belästigung durch den zunehmenden Verkehr. Bisher hat sich jedoch nichts getan. Im vergangenen Jahr hatte die SPD dieses Thema für sich entdeckt und mit mehreren Initiativen auf Abhilfe gedrängt. Vor der Kommunalwahl schien es so, als ob sich die Landesregierung endlich bewegen würde, denn da es sich um eine Landesstraße handelt, liegt die Verantwortung beim Bauministerium. Aber nach der Wahl war alles wieder ganz anders. Nach mehreren Anfragen der LINKEN stellte sich heraus, dass kein Handlungsbedarf für den Bau von Lärmschutzanlagen gesehen wird, da die zulässigen Höchstwerte nicht überschritten seien. Das muss wie Hohn in den Ohren der Anwohner zum Beispiel in der Turmstraße klingen. Deshalb hat DIE LINKE nach einem Vor-Ort-Termin das Thema mit einem Antrag in der Stadtverordnetenversammlung erneut aufgegriffen. Danach soll der Oberbürgermeister Gespräche mit der Landesregierung führen, ein Gespräch mit den betroffenen Anwohnern organisiert werden, an dem Vertreter des Bauministeriums und der Stadtverwaltung teilnehmen. Der Antrag ist in den Bauausschuss überwiesen worden.

frakt./h.j.s.

Begleitkonzept für das Asylbewerberheim

Mit der Ansiedlung des Asylbewerberheimes im Wohngebiet am Schlaatz verbindet sich die Verantwortung für die Stadt, konkrete Maßnahmen für die Integration der Asylbewerber zu organisieren. Deshalb fordert DIE LINKE in einem Antrag die Erarbeitung eines Begleitkonzeptes. Bedarf besteht vor allem hinsichtlich einer Unterstützung bei der Arbeitsbeschaffung, die vor dem Hintergrund der Ende des Jahres auslaufenden so genannten Altfallregelung von großer Bedeutung ist. Das zeigte sich in einem Gespräch mit Mitgliedern des Heimbeirates, das die Parlamentarische Geschäftsführerin der Linksfraktion im Bundestag, Dagmar Enkelmann bei einem Besuch des Heimes im September geführt hatte. Zur Sprache kamen auch Probleme der Sicherheit der Asylbewerber. Auch für die Sprachausbildung sind größere Anstrengungen erforderlich. Wünsche, so die Anschaffung von Spielgeräten für den Spielplatz, wurden auch hinsichtlich der Ausstattung des Heimes geäußert. DIE LINKE übergab bereits einen Hometrainer für den Fitnessraum, spendete für die Überführung eines verstorbenen Asylbewerbers und wird auch künftig konkrete Unterstützung geben.

Der Antrag der LINKEN wurde in den Sozialausschuss überwiesen.

frakt./h.j.s.

Schlaatz – neue Gehwege für Frühjahr 2010 geplant

Die Stadt Potsdam hat sich gemäß des Beschlusses von Barcelona dazu bekannt, die Barrierefreiheit im öffentlichen Straßenraum schrittweise zu verbessern. Ein Maßnahmeschwerpunkt stellt das Wohngebiet Am Schlaatz dar, das trotz vieler durchgeführter Sanierungsmaßnahmen im öffentlichen Straßenraum immer noch einige Problembereiche in Bezug auf die Barrierefreiheit aufweist.

So mangelt es vielfach an abgesenkten Straßenborden, was das Queren der Fahrbahn für Rollstuhlfahrer und andere bewegungseingeschränkte Bevölkerungsgruppen nahezu unmöglich macht. Darüber hinaus befinden sich zahlreiche Gehwege durch gebrochene oder fehlende Betonplatten in einem sehr schlechten Zustand.

Im Zusammenhang mit der Eröffnung des REWE-Marktes am Horstweg wurde von einer Arbeitsgruppe aus Vertretern der Stadtverwaltung und des Stadtkontors der Weg vom Schlaatz zum neuen Standort untersucht. Heraus kam ein Maßnahmepaket, das unter anderem punktuelle Straßenbordabsenkungen an der Alten Zauche, aber auch eine komplette Gehwegerneuerung am Milanhorst beinhaltet. In diesem Zusammenhang soll zudem eine neue Zugangsrampe am Haus der Generationen und Kulturen hergestellt werden.

Die Befestigung der Gehwege wird mit Betonsteinpflaster mit ockergelbem Natursteinvorsatz erfolgen, das bereits bei zahlreichen Baumaßnahmen im Wohngebiet Am Schlaatz Verwendung fand. Der Beginn der Baumaßnahmen ist für das Frühjahr 2010 vorgesehen.

M. Kühn(TauZone 89)

Radweg zwischen Schlaatz und Stern

Radfahrer, die schnell vom Schlaatz zum Stern oder in die umgekehrte Richtung gelangen wollen, nutzen gern den Weg entlang der Heiztrasse, denn das ist eine optimale Verbindung zwischen beiden Wohngebieten. Der Weg ist allerdings kein offizieller Radweg, obwohl er zum BUGA-Radwegenetz gehörte. Trotz der notdürftigen Ausbesserungen müsste einiges getan werden, um daraus einen richtigen Radweg zu machen. Das ist nicht zuletzt daran deutlich geworden, dass das Vorhaben von den Potsdamern in den Bürgerhaushalt 2009 aufgenommen wurde. DIE LINKE hat in einem Antrag an die Stadtverordnetenversammlung die Aufnahme in das Radewegekonzept der Stadt und eine Sanierung 2010 gefordert. Dagegen gab es allerdings im Stadtentwicklungsausschuss Bedenken von Seiten der Verwaltung. DIE LINKE hält ihre Forderung, gestützt auf die Festlegung des Bürgerhaushalts, aufrecht.

frakt./h.j.s.

„Spatzenhaus“ in Waldstadt II

Einweihung der Freianlagen und der künstlerischen Eingangsgestaltung

Mit der Neugestaltung der Freianlagen der AWO-Kita „Spatzenhaus“ wurde das letzte Bauvorhaben im Rahmen des Städtebauförderprogramms zur Weiterentwicklung großer Neubaugebiete in der Waldstadt II zum Abschluss gebracht. Die feierliche Übergabe fand am 23. September 2009 statt.

Im Rahmen des Programms wurden seit 2002 rund 8,4 Mio. ◘ in die Verbesserung des Wohnumfelds und in die bauliche Aufwertung der sozialen Einrichtungen und Schulen im Wohngebiet investiert. Davon stammen 7,6 Mio. ◘ aus dem Bund-Länder-Programm. Die Stadt Potsdam trug zu dieser Finanzierung









ein Drittel bei (ca. 2,53 Mio. ◘). Der sonstige Finanzierungsanteil von 0,8 Mio. ◘ wurde überwiegend von den Wohnungsunternehmen getragen. Darüber hinaus hat die Landeshauptstadt Potsdam mit weiteren Haushaltsmitteln vor allem die Erneuerung der sozialen Einrichtungen vorangebracht.

So wurde auch an der Kita in der Sonnentaustraße 2008 zunächst die Fassade durch den Kommunalen Immobilienservice (KIS) erneuert. Neben einer Wärmedämmung und neuen Fenstern erhielt das Gebäude eine neue Farbgebung. Zur Zeit werden im Gebäude noch Brandschutzmaßnahmen und die Erneuerung der Sanitätseinrichtungen weitergeführt. Insgesamt werden seitens der KIS rund 2,2 Mio. in das Gebäude investiert.

Die Arbeiten zur Neugestaltung der Außenanlagen wurden unmittelbar im Anschluss an die Fassadenarbeiten begonnen. Das Gestaltungskonzept wurde gemeinsam mit der Kita entwickelt. Wichtig war dabei, dass der waldartige Charakter des Geländes erhalten blieb und gleichzeitig Lösungen für die intensive Bespielung des Geländes durch die Kinder zu finden waren. Im Vordergrund stand die Herstellung ausreichender Bewegungsflächen, z. B. mit duftenden Kräutern und Obst. Mit der Neugestaltung der Außenanlagen wurde eine durchgehend barrierefreie Zugänglichkeit zum Gebäude angelegt. Als ökologische Maßnahme wird das Regenwasser zukünftig auf dem Grundstück versickern.

Den Abschluss der Außengestaltung der Kita bilden die beiden Wandbilder der Potsdamer Künstlerin Christine Blümer an den Eingängen. Die Wandbilder stellen in kindgerechter Weise die neun Musen der griechischen Mythologie, die Schutzgöttinnen der Künste und Wissenschaften, dar. Sie verweisen auf das pädagogische Konzept der Kita, bei dem die musische Förderung eine große Rolle spielt, und schlagen einen Bogen von der Aufgabe der kindlichen Erziehung und Bildung hin zu Potsdam als Wissenschaftsstadt und den mythologischen Darstellungen in den Schlossgärten.

Die Herstellung der Wandbilder wurde mit Hilfe der Städtebauförderung, des Kommunalen Immobilienservice und weiterer Unterstützer ermöglicht. *-bm/red*

Radweg Drewitzer Straße

Radfahrer, die in der Drewitzer Straße fahren, leben gefährlich. Die Straße wird in hohem Maße von Lastkraftwagen befahren. Da ist kein Platz für Radfahrer. Deshalb gibt es seit Jahren die Forderung nach einem Radweg. DIE LINKE hat mehrfach auf eine Lösung für dieses dringende Problem gedrängt. Es gab auch entsprechende Zusagen aus der Verwaltung. Auf eine Anfrage wurde mir mitgeteilt, dass die Drewitzer Straße im Radwegkonzept enthalten und unter Priorität 1 eingeordnet ist. Danach sollen im Bereich zwischen Alter Zauche und Bahnübergang Schutzstreifen auf der Fahrbahn abmarkiert werden. Die in Priorität 1 stehenden Maßnahmen sollen, so die Verwaltung, in Abhängigkeit der dafür im laufenden Aufwand zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel ab 2010 umgesetzt werden. DIE LINKE fordert eine zügige Umsetzung dieser Zusage.

Dr. H.-J. Scharfenberg

Karnevalszeit beginnt auch in Waldstadt II

Die Karnevalszeit beginnt seit dem 19. Jahrhundert am 11.11. um 11.11 Uhr. Die Zahl Elf gilt als Narrenzahl und eignete sich damit besonders gut. – Der Ruf der Elf als Narrenzahl liegt darin begründet, dass die Elf als Überschreitung der von Gott gegebenen Zehn Gebote gesehen wurde. Da im Mittelalter jeder als Narr angesehen wurde, der die Zehn Gebote überschritt, wurde die Elf zur Kennzahl aller Narren. Hinzukommt, dass nach dem 11.11. früher die Winterfastenzeit begonnen hat und am letzten Tag vor der Fastenzeit die Welt noch einmal „auf den Kopf gestellt“ wurde, ähnlich wie am letzten Abend vor Aschermittwoch.
Im Haus der Begegnung, Zum Teufelssee 30, wird zwar nicht gleich die Welt auf den Kopf gestellt, aber am 11.11.09 um 11.00 Uhr treffen sich „Närrinnen und Narren“ zum Karnevalsfrühstück. Bei Pfannkuchen und gehaltvollen Getränken werden die BesucherInnen mit einem Unterhaltungsprogramm erfreut. Interessenten sind herzlich willkommen. Voranmeldungen unter 0331/2702926 erwünscht.
Tannert

Freies Ufer am Griebnitzsee

Die Initiative „Griebnitzsee für alle“ hatte am 11. Oktober zu einem Treffen am Griebnitzsee eingeladen. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg, denn viele Potsdamer und auch einige Berliner kamen und versammelten sich unterhalb der Virchowstraße unmittelbar neben einer Uferwegsperre. Ein Lagerfeuer, gebackene Waffeln, eine kurze Ansprache des Vorsitzenden der Griebnitzseeinitiative Dr. Raffauf und viele angeregte Gespräche sorgten für eine angenehme und lebhafte Atmosphäre. Auf Booten konnte vom See aus in Augenschein genommen werden, welche Veränderungen auf den gesperrten Grundstücken vorgenommen worden sind.



Großes Interesse äußerten Anwesende zum Vorschlag der LINKEN, eine Stiftung „Freies Ufer“ ins Leben zu rufen. Damit soll die Möglichkeit geschaffen werden, privates Engagement für den Erwerb von Ufergrundstücken durch die Stadt zu bündeln.

Nicht zuletzt konnten zahlreiche Unterschriften für das Bürgerbegehren „Freies Ufer am Griebnitzsee“ gesammelt werden. Dieses Bürgerbegehren wird parallel zur Erarbeitung des neuen Bebauungsplanes weitergeführt, um möglichst viele Unterschriften vorlegen zu können.

Insgesamt ein erfolgreicher Tag, der dazu beiträgt, den Druck auf die Wiedergewinnung des freien Uferweges am Griebnitzsee aufrecht zu erhalten.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg/ Dr. Stephan Worseck







Die Babelsberger Diplomatenschule

Erhard Crome (Hrsg.) *WeltTrends, 2009. - 279 S. Potsdamer Textbücher 12 ISBN 978-3-941880-01-6 Preis: 14,50 y http://www.welttrends.de/index.php/start/textbucher/ptb-12/*

Dieser Sammelband stellt das Institut für Internationale Beziehungen (IIB) in Potsdam- Babelsberg von seiner Gründung in den 1950er Jahren bis zu seiner Auflösung im Jahre 1990 dar.

Zeitzeugen analysieren den Platz des IIB im politischen System und der außenpolitischen Forschung der DDR, die Entwicklung seiner Lehrtätigkeit, die Forschungsergebnisse zur internationalen und europäischen Sicherheit, zur westeuropäischen Integration, zur Außenpolitik sozialistischer Staaten und der USA, zur Rolle der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen »Entwicklungsländer« und zum Völkerrecht. Strukturen und Aufgaben in Forschung und Lehre werden beschrieben und Defizite sowie Leistungen dieser außenpolitischen Institution der DDR diskutiert.

Sammelbände haben den Vorteil, dass ein umfassenderer Überblick und unterschiedliche Positionen zum Ausdruck kommen können. Das ist ein Vorzug auch dieses Bandes. Dass es dabei eine gemeinsame Diktion aller Autoren gibt – eine kritische und selbstkritische Auseinandersetzung mit den Beschränkungen und Selbstbeschränkungen (!) von Lehre und Forschung durch die Vorgaben der SED-Führung und ihre Unterordnung unter eine wissenschaftsfremde Ideologisierung, aber auch eine selbstbewusste Verteidigung eigener Arbeitsansprüche und vieler Arbeitsergebnisse – dürfte



nicht einem gemeinsamen Konzept, sondern einer wichtigeren Tatsache zu verdanken sein: „Bei aller Inkonsequenz zeigten sich auch am IIB seit den 1970er und verstärkt in den 1980er Jahren eine widersprüchliche emanzipatorische Tendenz und eine zunehmende Verpflichtung gegenüber kritischer Wissenschaftlichkeit, die sich zugleich aus einem politischen Engagement für eine Zivilisierung der internationalen Beziehungen und eine realistische Politik der DDR speiste“ findet André Brie.

Für die interessierte Leserschaft, die sich „die DDR nicht von Leuten erzählen lassen will, die wie Karl May über die Indianer in Amerika schreiben, ohne je dort gewesen zu sein, eine lohnenswerte Lektüre“, so Brie.

-sakraem

War es „Wende“ oder „Revolution“?

Vorgestellt: Joachim Liebe / Thomas Brussig: Wende. Wandel. Wiedersehen - 20 Jahre danach

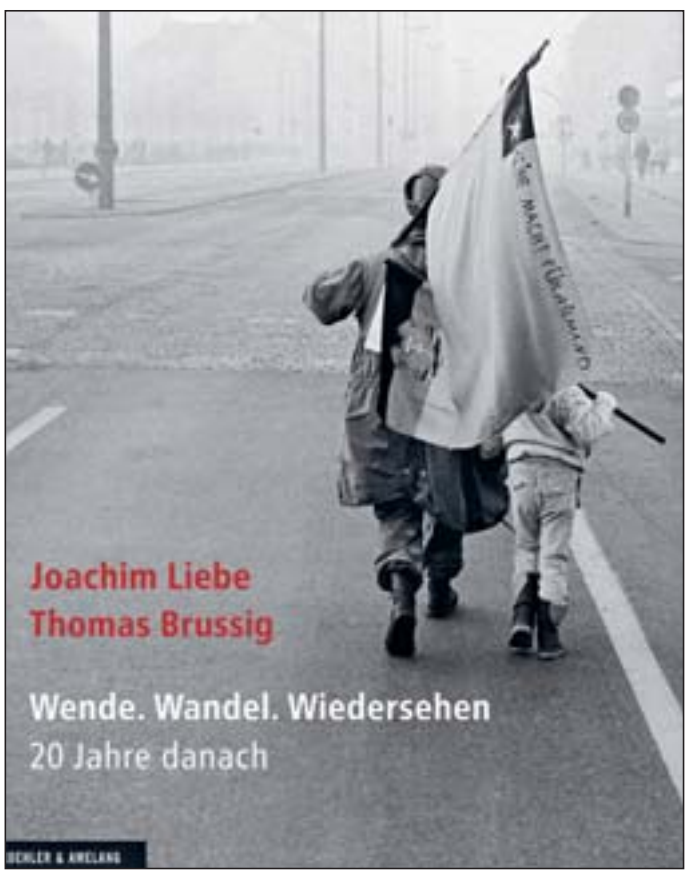
Am 9. November 2009 jährt sich der Fall der Mauer zum zwanzigsten mal. Überhaupt weisen die Jahre 2009 und 2010 viele 20. Jahrestage auf, die mit dem Gesamtkomplex thematisch in Verbindung stehen. Auch in dieser Zeitung wird dazu seit einiger Zeit die Diskussion geführt. Allein die Vielfalt der Begriffe lässt bereits ahnen, wie unterschiedlich Erinnerungen und Bewertungen sind. War es „Wende“ oder „Revolution“?

Von wenigen wissen wir, ob und wie sich Bewertungen des Geschehens in dieser Zeit für sie verändert haben, wie sehr sie sich verändert haben. Es fällt nicht leicht, historische Ereignisse einzuschätzen, wenn man sie erstens erlebt hat und zweitens unmittelbar betroffen ist. Oder anders gesagt: der Zeitzeuge ist der größte Feind des Historikers. Und genau zu diesem Zeitpunkt erscheint ein Buch, das diese 20 Jahre gleich einer Zeitreise vom Hier und Heute ins Damals und zurück einfangen möchte. Präziser formuliert, die der bekannte Potsdamer Fotograf Joachim Liebe mit der Kamera eingefangen hat. Das Buch hebt sich von der Vielzahl der Publikationen zur Wende ab. Es folgt einer Idee, die ihm Originalität verleiht. Dass ein Fotograf in der Wendezeit viel zu tun hatte, steht außer Frage – dass er sich zwanzig Jahre danach auf die Suche nach zufällig in Bildern festgehaltenen Menschen begibt, macht neugierig. Und wieder gefunden hat er zehn von ihnen. Darunter bekannte Gesichter wie Christoph Singelnstein und Günther Krause





(falls doch nicht bekannt: der erste stellvertretende Programmdirektor des rbb und der zweite Bundesverkehrsminister a.D.). Viel spannender aber, die mehr zufällig vor die Linse geratenen



Potsdamerinnen und Potsdamer. Sie waren in der Wende in Aktion, haben protestiert, gefordert, besetzt – leben heute in Potsdam, reflektieren die Wende und lassen uns an ihren 20 Jahren danach teilhaben. Martin Ahrends sind zehn wunderbare Porträts gelungen und natürlich hat Joachim Liebe bei jedem seiner Protagonisten ein zweites Mal auf den Auslöser seiner Kamera gedrückt. Wer also wissen möchte, was aus dem Jugendlichen ganz links auf dem Dach des besetzten Hauses im Holländischen Viertel geworden ist – nun kann man es erfahren.

Viele andere Fotos aus der bewegten Zeit in Potsdam und Berlin lassen Erinnerungen wach werden. Kein Geringerer als Thomas Brussig („Helden wie wir“, „Am kürzeren Ende der Sonnenallee“) hat das Vorwort geschrieben.

Wer über den Wandel seit der Wende in Potsdam etwas erfahren möchte, wer ein Wiedersehen wagt, das so unaufgeregt wie herzlich daherkommt, wer sich auf nüchterne Darstellung einlässt, bei der nur die Fotos schwarz-weiß sind, wer sich ein Bild machen möchte, ohne belehrt zu werden, der wird dieses Buch mögen.

Pete Heuer

128 Seiten; 80 s/w-Abbildungen
19,90
ISBN 978-3-7338-0372-8
Koehler & Amelang Verlag, Leipzig
Erschienen am 20. August 2009

***Joachim Liebe,** geb. 1955 in Potsdam, seit 1990 als freiberuflicher Fotograf tätig, publizierte den Bildband „Der rote Stern stirbt leise“ (1995)*

***Thomas Brussig,** geb. 1965 in Ost-Berlin, seit 1995 freiberuflicher Schriftsteller, schrieb die später verfilmten Romane „Helden wie wir“ (1995) und „Am kürzeren Ende der Sonnenallee“ 1999 sowie „Wie es leuchtet“ (2004).*

Öffentliche Stellenausschreibung

Zum 1. Januar 2009 wird in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg folgende Stelle öffentlich ausgeschrieben:

Informationsmanagement

Aufgaben/Tätigkeiten
- Entwicklung und Management innovativer Modelle der Informationsarbeit der Fraktion
- Gestaltung und Betreuung des Internetauftritts
- Konzeptionelle Vorbereitung und Gestaltung von Druckerzeugnissen
- Inhaltliche und organisatorische Zusammenarbeit mit Abgeordneten und Fachreferenten bei der Präsentation der Fraktionsarbeit
- Vertretung der/des Pressesprecher/in
Das Arbeitsverhältnis ist bis zum Ende der 5. Wahlperiode befristet.
Die Bewerbung mit Lebenslauf und Arbeitszeugnissen ist bis zum 30.11.2009 zu richten an:
Landtag Brandenburg, Fraktion DIE LINKE
z.H. Rolf Kutzmutz, Leiter der Geschäftsstelle, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam
weitere Infos unter: *www.dielinke-fraktion.brandenburg.de*

Behindertenwerkstätten laden ein

Am 27. und 28. November 2009 jeweils von 12:00 bis 17:00 Uhr bieten wir Ihnen ein buntes Programm an kulturellen Auftritten in unserem festlich geschmückten Haus an. Genießen Sie zu den weihnachtlichen Events einen wohlschmeckenden Punsch mit einer leckeren Bratwurst. Aus der Eigenproduktion unseres Hauses nehmen Sie gleichzeitig das fehlende Weihnachtsgesteck für den Ersten Advent oder das ein oder andere kleine Weihnachtsgeschenk mit nach Hause!

Nutzen Sie die Gelegenheit, unsere gesamte Werkstatt kennen zu lernen!

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!
DRK Behindertenwerkstätten Potsdam gGmbH
Kohlhasenbrückerstr. 106
14480 Potsdam



Nazis auf „HALBE (R)" Strecke lassen

Für den 14. November, den Vortag des Volkstrauertages, mobilisiert die rechte Szene nach Halbe. Unter dem Motto „Ruhm und Ehre den deutschen Frontsoldaten und europäischen Freiwilligen" ist ein Aufmarsch am dortigen Soldatenfriedhof geplant. Nachdem die Aufmärsche in den letzten beiden Jahren dort verhindert werden konnten, wollen die Rechtsextremen in diesem Jahr Halbe „zurückerobern".

Natürlich gibt es auch in diesem Jahr eine Gegenkundgebung. Von 10 bis 18 Uhr wird ein Fest unter dem Motto „Vielfalt tut gut" organisiert. Mit Ständen und einer Bühne der KMA – der Kreuzberger Musikalischen Aktion — und vielen anderen Aktivitäten sollen möglichst viele Gegendemonstranten nach Halbe gebracht werden.

Also vormerken: Samstag, 14. November 2009 Halbe, Lindenstraße. Organisatorisch unterstützt wird das Aktionsbündnis vom „Toleranten Brandenburg".

„Ohne Osten kein Westen"

Daniela Dahn stellte ihr neues Buch vor

In „Wehe dem Sieger! – Ohne Osten kein Westen" setzt sich Daniela Dahn mit der Frage auseinander: Warum konnte der Sieger nach dem Mauerfall mit seinem Sieg nichts anfangen?

Der Abstieg des Westens begann vielmehr just im Moment seines größten Triumphes. Für die simple Einsicht, dass der Markt es nicht richtet, hat er zu lange gebraucht. Womöglich fehlte ihm das Korrektiv sozialistischer Ideen? Und die beiden Systeme waren nicht autonom, sondern hingen an einer Nabelschnur. Es gibt ein positives Erbe der DDR und der alten Bundesrepublik.

Und deshalb lautet der überraschende Befund: Mehr noch als der Osten ist der Westen zum Verlierer der Einheit geworden. Ohne Systemkonkurrenz hat er seinen Halt verloren. Werte und Ziele wie Wohlstand für alle, mehr bürgerliche Freiheiten , soziales Wirtschaften und eine intellektuelle Kultur, die auf Meinungsvielfalt setzt – sie schwinden dahin.

Was haben wir aus 40 Jahren Teilung eigentlich gelernt?, fragt Daniela Dahn und ist überzeugt: „Damit die Krise nicht auch die Demokratie in den freien Fall zieht, muss der Kapitalismus aufhören, er selbst zu sein."

Daniela Dahn wurde 1949 in Berlin geboren. Aufgewachsen und Abitur in Kleinmachnow.



Volontärin bei DEFA und Fernsehen. Journalistik-Studium in Leipzig bis 1973. Fernsehjournalistin. Kündigung 1981, Rückzug aus journalistischer Tätigkeit. Seit 1982 freie Schriftstellerin in Berlin. Im Herbst 1989 Gründungsmitglied des „Demokratischen Aufbruchs", später auch hier Rückzug.

„Wehe dem Sieger! – Ohne Osten kein Westen"; rowohlt; Hardcover, 304 Seiten; 18,90y; 978-3-498-01329-5

Kleiderspenden in die richtigen Hände geben

Rund 600.000 Tonnen Bekleidung wandern jedes Jahr bundesweit in die Altkleidersammlung – jeder Bundesbürger ist durchschnittlich mit 16 Kleidungsstücken dabei. Doch es lohnt sich, diese genau „zu adressieren", denn nur 15 Prozent davon kommen wirklich Bedürftigen zugute. Hinter Straßenaktionen oder Containern stehen häufig gewerbsmäßige Altkleidersammler, die mit blumigen Namen einen wohltätigen Zweck suggerieren und mit dem Export von Altkleidern in osteuropäische und afrikanische Länder bundesweit dreistellige Millionenbeträge erwirtschaften. Unseriöse Sammler verschweigen gern Namen und Adresse und geben auf dem Werbezettel nur eine Telefonnummer an. Wer wirklich helfen will, gibt seine Adresse und den Verwendungszweck der Spende genau an. Damit nicht jeder Einzelne nachforschen und womöglich noch gemachte Angaben prüfen muss, kann man sich an den Siegeln des Verbandes „FairWertung" und des „Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI)" orientieren.

Noch einfacher ist es, sich an konkrete Projekte und Kleiderkammern von Wohlfahrtsorganisationen, Kaufhäuser für Bedürftige oder Secondhand-Shops vor Ort zu halten, wo man sich selbst von der Verwendung überzeugen kann; für Baby- und Kinderkleidung gibt es in fast allen Städten bereits Tauschbörsen, für die Aushänge in Schulen und Kindergärten werben. In Potsdam gibt es zum Beispiel im Eltern-Kind-Zentrum in der Pietschkerstr. 14/16 die Tauschbörse der Arbeiterwohlfahrt, wo Bedürftige kostenlos Kleidung und Spielsachen für Kinder tauschen können. Im Bürocontainer auf dem Gelände der Stadtverwaltung betreibt die Volkssolidarität nicht nur die Suppenküche, sondern auch eine Kleiderstube. Noch brauchbare Bekleidung, Möbel, Fahrräder und andere gut erhaltene Gegenstände nehmen auch die Handelseinrichtungen der Vereine rückenwind e. V. in der Haeckelstr. 72/74 und Waldhornweg 17 sowie exvoto e. V. in der Max-Eyth-Allee 44a gern an.

-ed

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Dienstag, 03.11.2009, 14.30 Uhr:
„Exkursion in den Süden Äthiopiens". Eine interessante Reise aus der Reihe „Ferne Länder – fremde Kulturen – nahe gebracht" mit Dr. Rolf Rönz. *Dahlweid

Donnerstag, 05.11.2009, 18.Uhr:
Donnerstagsgespräch zu aktuellen polit. und wirtsch. Fragen. Mod.: M. Krauss, Potsdam. **RLS

Sonnabend, 07.11.2009, 10 - 12 Uhr:
Bürgerhaus „Sternzeichen", Saal 1. Etage (barrierefrei). Gesamtmitgliederversammlung im Wahlkreis Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld.

Montag, 09.11. 2009, 14.30 Uhr:
Literarische Stunde: „Heiteres aus dem täglichen Leben – ein Wiedersehen mit Eva Dobrzinski". Ein musikalisch-literarischer Nachmittag mit „Heiteren Geschichten aus dem täglichen Leben" (Teil 3) zusammengetragen und erzählt von Eva Dobrzinski-Petersein. *Dahlweid

Dienstag, 10.11. 2009, 13.30 Uhr:
„Mit einem Walboot durch die Fjorde Feuerlands – auf den Spuren Charles Darwins". Ein interessanter Nachmittag mit Prof. Dr.-Ing. Wilfried Korth, der an einer Expedition durch Feuerland teilnahm, einer Region im südlichen Teil des amerikanischen Kontinents. *Dahlweid

Montag, 16.11.2009, 14.30 Uhr:
„Kuba – die Perle der Karibik"
Ein Spaziergang mit Karl Kreutz. Reisen Sie mit uns nach Kuba. In Havanna Altstadt sind wir auf den Spuren Hemingways. Begleiten Sie uns nach Pinar del Rio, ins Badeparadies Varadero und ins historische Trinidad. *Dahlweid

Montag, 16.11.2009, 15.30 Uhr:
Club 18, Pietschkerstraße 50 (barrierefrei). Treffen des Lokalen Familienbündnisses Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld (u. a. Vorbereitung des Weihnachts-Events am 13. Dezember 2009, 15 – 18 Uhr zwischen Sternkirche und Club 18).

Montag, 16.11.2009, 18.00 Uhr:
Dokumentarfilm und sozialer Protest/Reihe „Gebrauchswerte Medien". **RLS

Dienstag, 17.11.2009, 18.00 Uhr:
Buchvorstellung „Was hat Arbeit mit Leben zu tun?" **RLS

Sonntag, 22.11.2009, 10.00 Uhr:
Wanderung im Wildpark (Abschlusswanderung mit Grillpause und Sanddornglühwein). Start in Potsdam, Parkplatz Bhf. Pirschheide/Dekra-Gelände, Ansprechpartner Peter Grethlein (0 33 27-56 85 21)

Dienstag, 24.11.2009, 14.30 Uhr:
„Die Russische Kolonie Alexandrowka". Heiteres und Besinnliches, Aktuelles und Historisches erzählt Dr. Herbert Schlomm, Stadtverordneter aus Zentrum-Ost, bei einem interessanten Spaziergang mit neuen Bildern und Gedichten. *Dahlweid

Dienstag, 24.11.2009, 18.00 Uhr:
Altes Rathaus – „Quo vadis LINKE?" mit Dr. D. Bartsch. Mod.: Dr. Arnold Schölzel. **RLS

Mittwoch, 25.11.2009, 13.30 Uhr:
„18, 20, Buben 'raus". Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. *Dahlweid

Donnerstag, 26.11.2009, 18.00 Uhr:
„Europäische arbeitsrechtliche Mindeststandards" mit Dr. S. Hultsch. **RLS

Sonnabend, 28.11.2009, 13.30 Uhr:
Stunde der Musik: „Klassik im Konzert – Weihnachtsmelodien zum Zuhören und Träumen". Livekonzert der besonderen Art mit dem Klarinetten-Quartett „Sanssouci": Siegfried Kerber und Günter Malsch (Klarinette), Siegfried Müller (Bassetthorn) und Rainer Liebeskind (Bassklarinette). * Dahlweid

Sonntag, 29.11.2009, (1. Advent), 11-18 Uhr:
Vierter Wildparker Weihnachtsmarkt in Wildpark-West, Ansprechpartner Annette Fannrich (0 33 27-5 51 02)

Dienstag, 01.12.2009, 14.30 Uhr:
„Insel aus Feuer und Eis – Island". Eine weitere Reise aus der Reihe „Ferne Länder – fremde Kulturen – nahe gebracht" mit Dr. Rolf Rönz. *Dahlweid

Mittwoch, 02.12.2009, 14.00 Uhr:
„Musikalischer Rätselnachmittag" mit Manfred Bischoff. *Dahlweid

---

*Dahlweid – Dahlweid-Stiftung, Edisonallee 11, Zentrum-Ost
**RLS – Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustraße 53, 14467 Potsdam